

Nr. 17/1438

Hartz-IV-Kompromiss zustimmen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Februar 2011
(Drucksache 17/1664)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 17/1439

8,50 € Mindestlohn bei Aufträgen und Arbeit für die öffentliche Hand

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Februar 2011
(Drucksache 17/1659)

D a z u

10 € Mindestlohn bei Aufträgen und Arbeit für die öffentliche Hand

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 22. Februar 2011
(Drucksache 17/1674)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, mit den Gewerkschaften und Interessenvertretungen Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, gemeinsam die Selbstverpflichtung, allen Beschäftigten, die für die öffentliche Hand im Land Bremen tätig sind, einen Mindestlohn zu zahlen, auf 8,50 €/Stunde anzuheben.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Bundesratsinitiative des Senats zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und zur Gründung einer Mindestlohn-Kommission, die bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und der Wissenschaft jährlich die Höhe des Mindestlohns überprüft und vorschlägt.

Nr. 17/1440

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Februar 2011
(Drucksache 17/1660)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 17/1441

Regelsätze im SGB XII armutsfest und bedarfsgerecht festsetzen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Februar 2011
(Drucksache 17/1656)

D a z u

Kompromiss zur Neuregelung bei Hartz IV zustimmen

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 23. Februar 2011
(Drucksache 17/1677)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1442

Gebäudeinnenreinigung

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. November 2010
(Neufassung der Drs. 17/1521 vom 9. November 2010)
(Drucksache 17/1533)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 21. Dezember 2010

(Drucksache 17/1600)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1443

Weitere Qualifizierung in der Kindertagesbetreuung durch Elementarpädagoginnen und -pädagogen in Kindertageseinrichtungen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 19. November 2010
(Drucksache 17/1543)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2011

(Drucksache 17/1615)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/1444

Fachfremd erteilten Unterricht an Schulen abstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Januar 2011
(Drucksache 17/1626)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1445

Fachspezifische Unterrichtserteilung weiter stärken

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. Februar 2011
(Drucksache 17/1675)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) hält es für richtig, dass in der Primarstufe das Klassenlehrerprinzip als pädagogisch sinnvolle enge Beziehung von Unterrichten-

den zu Schülerinnen und Schülern in den Schulklassen gilt und gleichzeitig die Fachkompetenzen der Lehrkräfte in den Kernfächern weiter gestärkt werden, um die Qualität des Unterrichts in den Fächern Mathematik und Deutsch und den Spracherwerb weiter zu verbessern.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Schulleitungen eine Richtlinie mit Grundsätzen zur Lehrereinsatzplanung an die Hand zu geben, die den Schulentwicklungsplan und die darin enthaltenen Merkmale für eine gute Schule zur Grundlage hat. Ausgehend vom unterschiedlichen Leistungsvermögen und Lerntempo der Schülerinnen und Schüler zielen diese Grundsätze darauf ab, durch Maßnahmen wie die Verlängerung der gemeinsamen Lernzeit, die Einführung moderner Lehr- und Lernmethoden mit mehr individueller Förderung und fächerübergreifenden Vorhaben und Projekten sowie durch die Entwicklung von Jahrgangsteams und Kooperation der Lehrerinnen und Lehrer die Unterrichtsqualität zu verbessern.

Nr. 17/1446

Fachlichkeit des Unterrichts stärken!

Antrag der Gruppe der FDP
vom 23. Februar 2011
(Drucksache 17/1676)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1447

Gesetz zur Änderung des Vergnügungssteuergesetzes

Mitteilung des Senats vom 30. November 2011
(Drucksache 17/1556)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/1448

Gesetz zur Änderung des Vergnügungssteuergesetzes

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 21. Februar 2011
(Drucksache 17/1662)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen zu Drs. 17/1556 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 17/1449

Spielsucht wirksam bekämpfen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Februar 2011
(Drucksache 17/1673)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen umfassenden Aktionsplan gegen die Spielsucht zu entwickeln, der sowohl präventive Handlungsmöglichkeiten als auch geeignete rechtliche Maßnahmen darstellt.

Im Zusammenhang mit der Vorlage dieses Aktionsplans möge der Senat der Bürgerschaft (Landtag) darüber berichten, welche Mittel aus welchen Quellen bisher in die Spielsuchtprävention geflossen sind und welchen finanziellen Bedarf der Senat für die Etablierung eines effektiveren Präventionssystems sieht.

Nr. 17/1450

Bremisches Gesetz zur Erleichterung von Investitionen

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2011
(Drucksache 17/1648)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/1451

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 42 vom 1. Februar 2011

(Drucksache 17/1633)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen – mit Ausnahme der Petition L 17/724 – wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/1452

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 43 vom 15. Februar 2011

(Drucksache 17/1653)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/1453

Erhalt des staatlichen Lotterie- und Sportwettenmonopols

Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Dezember 2010
(Drucksache 17/1560)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1454

Glücksspielwesen modernisieren

Antrag der Abgeordneten Dr. Magnus Buhler, Dr. Oliver Möllenstädt (FDP)
vom 7. Dezember 2010
(Drucksache 17/1567)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1455

Ausweitung der Glücksspielsucht verhindern – Lotterien und Sportwetten nicht dem gewerblichen Markt öffnen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Februar 2011
(Drucksache 17/1657)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich bei den Verhandlungen über die Änderung des Glücksspielstaatsvertrags dafür einzusetzen, dass das staatliche Monopol für Lotterien und Sportwetten erhalten bleibt.

2. sich ferner dafür einzusetzen, dass der Glücksspielstaatsvertrag um eine enge Regulierung der gewerblichen Spielautomaten sowie der Pferdewetten ergänzt wird.

Nr. 17/1456

Wissenschaftsplanung für das Land Bremen fortschreiben

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. August 2010
(Drucksache 17/1395)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/1457

Wissenschaftsplanung für das Land Bremen fortschreiben

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung
vom 3. Dezember 2010
(Drucksache 17/1564)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung Kenntnis.

Nr. 17/1458

Energiesparlampen sicher entsorgen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Dezember 2010
(Drucksache 17/1585)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine Reform des Elektroggesetzes einzusetzen, um eine möglichst umfassende, verbraucherfreundliche Entsorgung von Energiesparlampen nach dem Vorbild der Altbatterie-rückgabe zu erreichen, und freiwillige Rücknahmesysteme des Handels zu unterstützen.

Nr. 17/1459

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Für eine Verstetigung der Kommunalfinanzen – Die Gewerbesteuer zur Gemeindegewirtschaftssteuer weiterentwickeln
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 7. Dezember 2010
(Drucksache 17/1584)
2. Gerichtliche Mediation und außergerichtliche Streitschlichtung
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Dezember 2010
(Drucksache 17/1598)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 25. Januar 2011
(Drucksache 17/1628)
3. Opfer von seelischer und körperlicher Misshandlung und sexualisierter Gewaltdelikte schützen und entschädigen
Mitteilung des Senats vom 21. Dezember 2010
(Drucksache 17/1599)

4. Bremen nicht vom Bahnfernverkehr abhängen – Personennah- und Fernverkehr in Takt bringen – Wettbewerbsfähigkeit von Bahn und ÖPNV sicherstellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. Januar 2011
(Drucksache 17/1607)
5. Bremisches Gesetz zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters (Bremisches KorruptionsregisterG)
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. September 2009
(Drucksache 17/937)
2. Lesung
6. Bremisches Gesetz zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters (Bremisches Korruptionsregistergesetz – BremKorG)
Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2011
(Drucksache 17/1614)
2. Lesung
7. Bremisches Korruptionsregistergesetz
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. Februar 2011
(Drucksache 17/1661)
8. Offene Unternehmensbeteiligungen als Wirtschaftsförderinstrument nutzen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. Januar 2011
(Drucksache 17/1621)
9. Unerlaubte Telefonwerbung wirksam bekämpfen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 19. Januar 2011
(Drucksache 17/1622)
10. Zeitgemäße Unterstützung von Menschen mit Behinderung – Eingliederungshilfe weiterentwickeln
Mitteilung des Senats vom 25. Januar 2011
(Drucksache 17/1627)
11. Bericht des Petitionsausschusses Nr. 42
vom 1. Februar 2011
(Drucksache 17/1633) – Petition L 17/724

